

Maria Machado kommt nicht zur Preisverleihung

Die Oppositionspolitikerin wird in Oslo von ihrer Tochter vertreten, um den Friedensnobelpreis zu empfangen.

OSLO. Die diesjährige Verleihung des Friedensnobelpreises hat ohne die eigentliche Preisträgerin stattgefunden. Die venezolanische Oppositionsführerin María Corina Machado nahm nach Drohungen der autoritären Führung ihres Landes nicht an der Preisverleihung im Rathaus von Oslo teil.

Machado hatte zwar ihr Heimatland verlassen und sich auf den Weg nach Norwegen gemacht. Allerdings kam die 58-Jährige nicht pünktlich zur Preisverleihung ins Osloer Rathaus. Doch mit ihrer Ausreise bot sie der autoritären Regierung in Caracas abermals die Stirn. Der Vorsitzende des Nobelkomitees, Jörgen Watne Frydnes, überreichte ihrer Tochter Ana Corina Sosa Machado die Nobel-Medaille und eine Urkunde. Wo sich Machado aufhielt, war nicht bekannt.

„Dieser Preis hat eine tiefgreifende Bedeutung: Er erinnert die Welt daran, dass Demokratie für Frieden unerlässlich ist“, betonte Machados Tochter in ihrer Rede. Die Lektion der langen und schwierigen Reise Venezuelas sei, dass man bereit sein müsse, für die Freiheit zu kämpfen, wenn man Demokratie haben wolle. „Aus diesem Grund geht die Sache Venezuelas über unsere Grenzen hinaus“, sagte Machados Tochter im Namen ihrer Mutter. „Ein Volk, das die Freiheit wählt, leistet nicht nur einen Beitrag für sich selbst, sondern für die Menschheit.“

Das Nobelkomitee hatte im Oktober verkündet, dass die an einem geheimen Ort innerhalb Venezuelas lebende Machado in diesem Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wird. Das Komitee sprach ihr den renommierten Preis „für ihren unermüdlischen Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes“ zu. Der Friedensnobelpreis wird traditionell am 10. Dezember im Osloer Rathaus überreicht. Am selben Tag werden später alle anderen Nobelpreise in Stockholm überreicht. *dpa*

Das Zitat des Tages



„Ich habe entschieden, Deutschlands Agrarexporte nachhaltig zu steigern.“

Alois Rainer (CSU), Bundeslandwirtschaftsminister. Er wolle die Exportförderung neu aufstellen, um kaufkräftige Märkte zu erschließen, schrieb Rainer in einem Gastbeitrag für das „Handelsblatt“ vom Mittwoch.

Kurz berichtet

400 Schulen berichten von demokratiefeindlichen Fällen

MÜNCHEN. Laut einer Umfrage des Bayerischen Rundfunks ist es im Schuljahr 2024/2025 an knapp 400 weiterführenden Schulen in Bayern zu menschenfeindlichen Vorfällen gekommen. 66 Prozent der 598 Schulleitungen berichteten von Vorfällen mit rassistischem, antisemitischem oder sexistischem Hintergrund. *epd*

Irans Regierung wegen Zwei-Klassen-Internet unter Druck

TEHERAN. Im Iran ist eine neue Debatte über die strenge Internet-Zensur ausgebrochen. Seit Tagen diskutieren Iranerinnen und Iraner über die „weißen SIM-Karten“, die es einer kleinen, privilegierten Schicht ermöglichen, ohne Restriktionen online zu gehen. In sozialen Medien kritisierten viele den Zustand als Zwei-Klassen-System. *dpa*

Verletzter Nationalgardist auf dem Weg der Besserung

WASHINGTON. Zwei Wochen nach den Schüssen auf zwei Nationalgardisten in Washington ist der Überlebende offenbar weiterhin auf dem Weg der Besserung. Die Mutter des Mannes habe ihn angerufen und gesagt, dass er aus dem Bett aufgestanden sei, erklärte US-Präsident Donald Trump. *dpa*

Dass die wirtschaftliche Lage nicht gerade rosig ist angesichts der nicht abreißen lassen Hiobsbotschaften von baden-württembergischen Firmen, ist ganz offensichtlich angekommen. Fast im Wochentakt kündigen große Unternehmen Stellenstreichungen an – zuletzt der Maschinenbauer Voith in Heidenheim. Das schürt Ängste, wie im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, abzulesen ist. Jeder Zehnte der Befragten berichtet, dass ein Familienangehöriger oder er selbst seinen Job verloren habe. Der Rest sorgt sich um das, was kommen könnte. Und doch überwiegt noch die Gruppe derer, die davon ausgeht, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser geht (22 Prozent) oder in etwa gleich bleibt (34 Prozent). Das gilt allerdings vor allem für die Jüngeren, die ihre Karriere noch vor sich haben.

Es ist nicht so, als wäre diese Sorge nicht in der Politik angekommen. Die Unkenrufe waren in den vergangenen Jahren unüberhörbar. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnte schon vor drei Jahren im Chor mit seinem Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) vor Wohlstandsverlusten. Da ist es nur folgerichtig, dass die Parteien, die nach der Landtagswahl 2026 Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, das Thema an Position eins in ihren Wahlpro-

Leitartikel

Alternativlos, aber wirkungsarm

Die Erwartungen an die Landespolitik in Sachen Wirtschaftspolitik sind hoch – vielleicht zu hoch.

VON ANNIKA GRAH

grammen setzen. CDU, SPD und FDP haben ihr erstes Kapitel dem Thema gewidmet, und auch im Entwurf der Grünen ist das so vorgesehen. Ganz offensichtlich trifft das einen Nerv: Im BaWü-Check finden 68 Prozent der Befragten, dass die Landesregierung mehr für die Stärkung des Standorts tun müsse.

Doch wäre es gefährlich, falsche Erwartungen zu schüren. Die großen Linien der Wirtschaftspolitik werden in Berlin, vor allem aber in Brüssel gezeichnet. Der Einfluss des Landes ist begrenzt: Es wirkt vor allem über Geld, und zwar in Form von För-

derprogrammen und Fonds etwa für Start-ups und Gründungen, sofern das Korsett des EU-Beihilferechts das zulässt. Und natürlich kann eine Landesregierung versuchen, Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Das funktioniert besser, wenn die eigene Partei im Bund mitregiert, wie man im Doppelaufschlag von Grünen in Land und Bund bei der Genehmigungs- und Wirtschaftspolitik etwa für Windkraft beobachten konnte. Die Energiepolitik der vergangenen Jahre zeigt allerdings auch, dass es nicht immer gelingt, baden-württembergische Interessen durchzuboxen.

Um das Thema Wirtschaft kommt vor der Landtagswahl niemand herum.



Europas Konservative rufen nach mehr Innovation

Die Spitze der EVP-Fraktion im Europaparlament trifft sich in Heidelberg – und fordert deutlich verstärkte Anstrengungen, um die Innovationslücke der EU zu den USA und China zu schließen.

VON RAINER PÖRTNER

HEIDELBERG. Die Konservativen im Europaparlament wollen Innovation in der EU deutlich stärken. „Europa muss die Innovations- und Produktivitätslücke zu den USA und China schließen, um seine strategische Autonomie zu bewahren“, heißt es nach Informationen unserer Zeitung in einem Aktionsplan der EVP-Fraktion, der kommende Woche beschlossen werden soll. Europas Wohlstand hänge von seiner „Fähigkeit ab, neue Ideen zu entwickeln, zu skalieren und zu kommerzialisieren“.

Der EVP-Vorstand trifft sich in diesen Tagen unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber zu einer Klausurtagung in Heidelberg. Am Freitag wird Bundeskanzler Friedrich Merz zu Gast sein.

200 Milliarden für „Horizon Europe“

Weber sieht Baden-Württemberg als besonders geeigneten Ort, um das Thema Innovation voranzutreiben. „Der Süden ist Innovationsmotor in Deutschland. Denn wir wissen: Wohlstand schaffen wir nicht durch Verwaltung, sondern mit Erfindergeist. Diesen Spirit brauchen wir für ganz Europa“, sagte Weber unserer Zeitung. „Deswegen braucht es weniger Bürokratie und mehr finanzielle Unterstützung für unsere klügsten Köpfe und unsere innovativsten Unternehmen. Im globalen Wettlauf um digitale Innovationen muss Europa Spitze werden.“

Die EVP pocht in der „Heidelberger Erklärung“ auf die Selbstverpflichtung der EU-Staaten, jährlich mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung auszugeben. Die Europäische Union als Ganzes verfehlt dieses Ziel bisher deutlich. Ende des Jahres 2023 lag die Quote bei rund 2,2 Prozent, nur fünf Mitgliedstaaten überschritten die Drei-Pro-



Der CSU-Politiker Manfred Weber steht seit 2014 an der Spitze der EVP-Fraktion im Europaparlament.

Foto: dpa/Michael Kappeler

zent-Marke: Schweden, Belgien, Österreich und ganz knapp auch Deutschland und Finnland.

Geht es nach dem Willen der EVP, der stärksten Fraktion im Europaparlament, soll das Programm „Horizon Europe“ auf mindestens 200 Milliarden Euro aufgestockt werden. Dabei geht es um Grundlagenforschung bis hin zur Marktreife von Produkten und Verfahren. Zusätzliche Mittel sollen für Forschung im Rüstungsbereich ausgegeben werden. Bisher liegen die Horizon-Mittel unter 100 Milliarden Euro. Es soll zudem mehr Geld mobilisiert werden, um innovati-

ven Unternehmen ein starkes Wachstum zu ermöglichen.

Dazu muss nach Ansicht der EVP auch ein Bürokratieabbau eintreten. Es gehe um einen „Abbau regulatorischer Fragmentierung, um Vereinfachung und Harmonisierung innovationsbezogener Regeln“. Ein europäisches Innovationsgesetz solle Start-ups helfen, erfolgreich zu sein. Durch „Innovationschecks“ sollen alle EU-Programme und -Gesetze darauf hin überprüft werden, ob sie Innovationen fördern.

Lob aus Baden-Württemberg

Baden-Württembergs CDU-Landesvorsitzender Manuel Hagel, der ebenfalls an dem EVP-Treffen teilnimmt, lobt das dreiseitige Papier der Fraktion. „Europa muss vom Regulierungs- zum Innovationskontinent werden“, sagte Hagel unserer Zeitung. Die Heidelberger Erklärung bilde hier „einen starken Rahmen: 200 Milliarden Euro für Forschung, ein Ende der Bürokratie-Odyssee und ein echter Binnenmarkt für unsere Start-ups. Das passt wunderbar nach Baden-Württemberg.“ Im Südwesten habe im Jahr 2023 der Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP immerhin bei 5,7 Prozent gelegen – also weit über den europäischen Länderwerten.

Manuel Hagel ist Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl im März und hat aktuell gute Chancen, nächster Ministerpräsident in Baden-Württemberg zu werden. „Unser Land hat in seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass Innovation der Schlüssel zu Wohlstand ist“, erklärte der CDU-Landeschef. „Darauf werden wir auch nach der Landtagswahl aufbauen, etwa mit dem Zukunftsfonds Baden-Württemberg oder mit einem Schwerpunkt auf „Durchbruchforschung“ wie etwa bei der Krebsforschung hier in Heidelberg.“

Das geplante Wasserstoff-Kernnetz weist im Südwesten große Lücken auf. In der Ansiedlungspolitik dürfte die Brennstoffzellenfabrik Cellcentric als größter Erfolg zu werten sein, deren Bau durch große Widerstände in der Bevölkerung verzögert wurde.

Diese Hilflosigkeit spiegelt sich in den Programmen der Parteien wieder. Von Innovationsförderung ist die Rede, von Bürokratieabbau und von neuen Fonds. Die CDU von Manuel Hagel gibt in ihrem gerade verabschiedeten Wahlprogramm vor, Baden-Württemberg 2036 zur stärksten Innovationsregion Europas zu machen. Das wirkt reichlich unterambitioniert angesichts der Tatsache, dass das Bundesland seit Jahren den Innovationsindex der Länder und Regionen der EU anführt. Ehrlicher ist da der Ansatz, dass ein möglicher CDU-Ministerpräsident sich persönlich für den Standort einsetzen will.

Trotzdem führt in einem wirtschaftsstarke Bundesland wie Baden-Württemberg kein Weg daran vorbei, dass die Wahlkämpfer vor der Landtagswahl das Thema setzen und sich bemühen, Zuversicht zu verbreiten. Denn Wirtschaftspolitik ist zu einem großen Teil Psychologie, wie auch BDI-Chef Peter Leibinger jüngst selbstkritisch einräumte, nachdem er selbst kurz zuvor gewarnt hatte, die Wirtschaft befände sich im freien Fall.

Scheinväter: Gesetz gegen Betrug

Wie die Bundesregierung gegen das umstrittene Geschäft mit Scheinvaterschaften vorgehen will.

BERLIN. Die Bundesregierung will Kriminellen das Handwerk legen, die aus der missbräuchlichen Anerkennung von Kindern ausländischer Frauen ein „Geschäftsmodell“ machen. Über einen entsprechenden Entwurf hatte das Kabinett an diesem Mittwoch beraten und die Neuregelung gebilligt.

Der Entwurf sieht vor, dass die Ausländerbehörde einer Vaterschaftsanerkennung zustimmen muss, wenn der Anerkennende Deutscher ist oder ein langfristiges Aufenthaltsrecht hat, die Mutter des Kindes aber nicht. „Die Zustimmung der Ausländerbehörde soll von den Beantragten beantragt werden müssen“, heißt es im Entwurf, an dem das Bundesinnenministerium und das Justizressort mitgearbeitet haben. Das soll die Mitwirkung der Beteiligten sicherstellen. Kommt später heraus, dass sie falsche Angaben gemacht haben, soll die Behörde die Zusagen zurücknehmen können.

Bei missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen handelt es sich um eine Betrugsmasche, bei der Männer – meist gegen Bezahlung – Vaterschaften für die Kinder ausländischer Frauen anerkennen, obwohl weder eine biologische Vaterschaft noch eine Partnerschaft besteht. Ziel ist es, den Müttern und ihren Kindern ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zu verschaffen und damit gegebenenfalls auch Zugang zu Sozialleistungen. Besonders problematisch dabei: Männer, die als Scheinväter auftreten, sind oft mittellos und beziehen selbst Sozialleistungen. Für Unterhaltsforderungen des Staates können sie daher nicht herangezogen werden.

Das Problem ist seit Jahren bekannt. Der Gesetzgeber hat seit 2008 schon zweimal versucht, den Scheinvaterschaften einen Riegel vorzuschieben. Die Ampel-Regierung hatte im Sommer 2024 einen Gesetzentwurf dazu vorgelegt. *dpa*

Die Tomicek-Karikatur



Spekulativ

Bundesfinanzhof: Reform der Grundsteuer rechtens

Immobilienbesitzer und der Steuerzahlerbund wollen sich trotz des Richterspruchs zu ihrer Klage nicht geschlagen geben.

MÜNCHEN. Die seit Anfang des Jahres geltende Grundsteuer-Reform des Bundes verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Der Bundesfinanzhof in München (BFH) hat in zweiter Instanz die Klagen von Immobilienbesitzern aus Köln, Berlin und Sachsen gegen die Neuregelung zurückgewiesen. Das verkündete der 2. BFH-Senat unter Leitung seiner Vorsitzenden Francesca Werth.

Die Kläger sehen in dem Gesetz einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil die Finanzämter die Grundsteuer aufgrund pauschaler Durchschnittswerte für Nettokaltmieten und Bodenwert festsetzen dürfen. Der Eigentümerverband Haus & Grund und der Bund der Steuerzahler kündigten anschließend Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe an.

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Länder und trifft quasi die gesamte Bevölkerung, obwohl nur Eigentümer die Grundsteuer zahlen müssen. Doch Vermieter legen die Kosten üblicherweise auf ihre Mieter um. Ein Hauptkritikpunkt ist, dass die Finanzämter die Mieteinnahmen in vielen Fällen zu hoch angesetzt hätten. „Es ist für viele Menschen eine wirkliche Belastung“, sagte Reiner Holznapf, der Präsident des Steuerzahlerbunds.

Pauschale Festsetzung bedeutet, dass die Finanzämter nicht Mieteinnahmen und Bodenwert für jede Wohnung einzeln ermitteln müssen, sondern sich mit Durchschnittswerten begnügen dürfen. Diese Pauschalierung sei „verfassungsrechtlich vertretbar“, sagte die Senatsvorsitzende Werth. *dpa*